

Quelle

Zeit

Datum

20. April 1979

17

942464

## Uganda jagt Idi Amin

Seit dem Fall Kampalas am 11. April befindet sich Idi Amin auf der Flucht. Sein Aufenthaltsort war zu Wochenbeginn noch unbekannt. *A3*

Um den vorrückenden Truppen der Tansanier und Exil-Ugander zu entgehen, war Idi Amin mit seinen letzten Getreuen nach Jinja, der 70 Kilometer von Kampala entfernten, zweitgrößten Stadt von Uganda ausgewichen. Dort verlor sich seine Spur.

In Kenia berichteten Flüchtlinge, sie hätten Amin im Nordwesten des Landes gesehen. Die Nationale Befreiungsfront verbreitete im ugandischen Rundfunk, der geflohene Diktator habe das Land in seiner Privatmaschine verlassen. Der CIA will erfahren haben, daß sich Amin und seine Familie in den Irak gerettet hätten.

Am vorigen Freitag wurde der 67 Jahre alte ehemalige Rektor der Makerere-Universität (Kampala) als neuer Präsident von Uganda vereidigt. Lule versprach, in zwei Jahren freie Wahlen abzuhalten.

In der Zwischenzeit muß der Ex-Professor das Chaos beseitigen, das Idi Amin nach acht Jahren Gewaltherrschaft hin-

terlassen hat. Ugandas Währung ist wertlos geworden; die Devisenreserven des Landes sind aufgebraucht. Vier Tage lang wurde die Hauptstadt von einem Heer von Plünderern ausgeraubt. „Kampala“, so Erzbischof Sylvanus Wani, „sieht aus wie Jerusalem nach der Plünderung durch die Römer.“ Angeblich sollen die Lebensmittelvorräte der Stadt nur noch eine Woche lang reichen.

Yusuf Lule hat zwar die Bevölkerung hinter sich, aber viele fürchten, daß er während seines achtjährigen Exils den Blick für die Realitäten des Landes verloren habe. Die Zusammensetzung seiner Regierung wurde eher durch Stammesproporz als durch Verwaltungserfahrung bestimmt. Und die tansanische Armee bleibt der einzige Garant der Stabilität in Uganda.

Lule hat das Ausland um umfangreiche Hilfe gebeten. England will wieder einen Botschafter nach Kampala entsenden; die USA erwägt die Wiederaufnahme ihrer Wirtschaftshilfe. Die EG will „ihr Äußerstes“ tun, um beim Wiederaufbau des Landes zu helfen. Die neue Regierung hofft, den „Normalzustand“ in zwei bis sechs Jahren zu erreichen. *R. j.*